

Nur mit Arbeitnehmerrechten

Bernd Lange (SPD), Berichterstatter des Europäischen Parlaments für das Freihandelsabkommen TTIP, erläutert im einblick-Interview den aktuellen Stand der TTIP-Verhandlungen, die Bedeutung von Arbeitnehmerrechten und warum er intransparente Schiedsstellen ablehnt.

Wie ist der Stand der Verhandlungen?

■ Im Moment herrscht Stillstand. Wir haben ein- einhalb Jahre miteinander verhandelt. Nun ist klar, in welchen Bereichen man sich verständigen kann und wo nicht. Im Automobilbereich vielleicht, im Chemiebereich, wo die Gesetzgebung in der EU und den USA sehr unterschiedlich ist, wird es schwierig. Deswegen ist jetzt die Zeit, Bilanz zu ziehen und zu schauen, wo wir hinwollen.

Gibt es Fortschritte?

■ Bisher wurden eigentlich nur Positionen ausgetauscht. Zum Beispiel bei den Zöllen, die im Schnitt relativ gering sind, aber es gibt ein paar Ausnahmen. So wird der VW-Bus nicht als PKW mit 2,5 Prozent Zoll eingestuft, sondern als landwirtschaftliches Fahrzeug mit 25 Prozent Zoll. Da gab es bisher keine vernünftigen gegenseitigen Angebote. Im Bereich der Landwirtschaft geht es u.a. um Herkunftsbezeichnungen wie dem Nürnberger Rostbratwürstchen.

Wie schätzt du die neue Transparenz-Initiative der EU-Kommission ein?

■ Die Bedeutung der Transparenz haben wir im Parlament immer betont. Die Handelspolitik beeinflusst unser gesellschaftliches Leben und die wirtschaftlichen Beziehungen. Es ist mehr als notwendig, das öffentlich zu diskutieren. Dass Regierungen hinter verschlossenen Türen etwas aushandeln, gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Das Verhandlungsmandat hätte sofort veröffentlicht werden müssen. Das ist in Tarifverhandlungen ja auch so. Die neue Kommission hat eine andere Haltung eingenommen als die alte. Jetzt müssen wir darauf achten, ob wirklich alle Dokumente veröffentlicht werden.

Ist das denn jetzt der Fall?

■ Ein Streitpunkt ist im Moment das Angebot im Bereich Dienstleistungen. Das ist ein sensibler Bereich. Es gibt Bereiche, in denen Verhandlungen über Erleichterungen sinnvoll sind, zum Beispiel für Architekten oder für Ingenieure. Es gibt aber auch Bereiche, in denen auf keinen Fall eine Liberalisierung verhandelt werden kann – etwa im Gesundheitssektor, bei den öffentlichen Dienstleistungen und den Dienstleistungen im allgemeinen Interesse. Meine Position ist, die öffentlichen und gemeinwohlorientierten Dienstleistungen aus den Verhandlungen rauszunehmen. Deswegen muss das Dienstleistungsangebot der EU schnell veröffentlicht werden.

Bietet TTIP denn auch Chancen?

■ Es stärkt industrielle Arbeitsplätze in Europa, weil die Wertschöpfungsketten stabiler werden. Diese Effekte müssen gerecht verteilt werden. Man kann aber sicherlich nicht sagen, dass TTIP deutliche Wachstumsimpulse bringen wird. Handelsabkommen haben homöopathische Wirkung in bestimmten Sektoren.

Wie steht es um Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Sozialstandards?

■ In einer globalisierten Welt brauchen wir klare Regeln. Sozialdemokratische und auch gewerkschaftliche Handelspolitiker wollen mit fairen Regeln ungezügelter Wettbewerb verhindern. Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards sind entscheidende Kriterien für ein gutes Abkommen. Es ist unerlässlich, dass kollektive Arbeitnehmerrechte gerade in den Südstaaten der USA respektiert werden. Es darf nicht sein, dass ein Unternehmen aus Mississippi mit einem Durchschnittslohn von sechs Euro – ohne Arbeitnehmerrechte, ohne Betriebsrat – mit einem Unternehmen in Deutschland konkurriert. Wir werden nur zu einer Einigung gelangen, wenn Arbeitnehmerrechte verbindlich festgeschrieben werden.

97 Prozent der BürgerInnen-Eingaben zum Investorenschutzabkommen (ISDS) an die EU waren negativ. Überrascht dich das?

■ Das Ergebnis habe ich erwartet. Die Kritikpunkte an diesem alten Instrument, das noch fast postkolonial ist, liegen klar auf dem Tisch. Ich finde es aber enttäuschend, dass die Kommission keine Konsequenzen daraus zieht, sondern nur die Kritikpunkte wiederholt, die schon bekannt sind. Das hilft nicht weiter. Wir werden im Europaparlament eine Resolution zu ISDS formulieren, um unsere Position klarzumachen.

Ist es realistisch, ISDS noch aus TTIP herauszuverhandeln?

■ Das ist durchaus eine realistische Option. ISDS ist politisch und wirtschaftlich nicht notwendig. Das Land in der EU mit den meisten amerikanischen Investitionen im Verhältnis zum BIP ist Irland, das kein einziges Abkommen mit ISDS-Regeln abgeschlossen hat. Das zeigt, diese Regeln sind nicht signifikant notwendig für Investitionen. Es gibt auch in den USA starke Kräfte, die kein ISDS wollen. Die Gewerkschaften dort sind dagegen, aber auch die Demokratische Partei.

Und wie sieht es bei dem europäischen-kanadischen Handelsabkommen CETA aus?

■ Es gibt den Rohentwurf von CETA. Da wird jetzt das Feintuning betrieben. Das wird bis Herbst dauern. Diese Zeit sollte man nutzen, um noch mal an das ISDS-Kapitel heranzugehen. Das Parlament wird einen klaren Hinweis an die Kommission und den Rat geben, dass ein unverändertes CETA nicht zustimmungsfähig ist.

Muss TTIP von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden?

■ Das ist normalerweise eine juristische Bewertung am Ende des Verhandlungsprozesses. Unabhängig davon bin ich bei CETA und bei TTIP der Meinung, dass man sie als gemischte Abkommen sehen und in den nationalen Parlamenten abstimmen sollte. ●



Foto: SPD

Bernd Lange, 59, ist mit Unterbrechungen seit 1994 Europaabgeordneter für die SPD. Von 2005 bis 2009 war er Abteilungsleiter für Wirtschaft, Umwelt und Europa beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. Seit September 2014 ist der Vorsitzende des Handelsausschusses auch Berichterstatter des Europäischen Parlaments für TTIP.

MEHR ZUM THEMA

Ergebnis offen diskutieren

Mitte Januar tagte der TTIP-Beirat, den Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ins Leben gerufen hatte, zum vierten Mal in Berlin. Ihm gehören 24 VertreterInnen von Gewerkschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden an. Im Mittelpunkt der Sitzung stand das umstrittene Investitionsschutzkapitel mit seinen intransparenten Schiedsstellen. Diese böten Investoren „unverhältnismäßig starke Rechte“, erklärt DGB-Vorstand Stefan Körzell. Es solle lieber gefragt werden, „welche Pflichten ausländische Investoren zu beachten haben – etwa hinsichtlich der Gewährleistung von Sozial- und Umweltstandards“.

Das Gremium tagte zum ersten Mal, seitdem 14 Mitglieder des TTIP-Beirates im Dezember 2014 ihre Kritik an der Rolle des Beirats geäußert hatten (einblick 1/2015). Zu den Unterzeichnern des Briefes an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gehören der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell, Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

IM NETZ

www.bit.ly/HBS_BroB

Expertise der Hans-Böckler-Stiftung zur Verfassungsmäßigkeit privater Schiedsgerichte

www.einblick.dgb/hintergrund
Langfassung des Interviews